

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, 11. April 1891.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin. Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld. W. Thienes, Greifswald. G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg. Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen. Aug. J. Wolf & Co.

C. H. Berlin, 10. April.

Deutscher Reichstag.

65. Sitzung vom 10. April.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Berlepsch und Andere.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung der Gesetzesentwürfe (Arbeitergesetz).

Die Debatte beginnt über § 125 (Vertragsbruch) und die dazu gestellten Abänderungsanträge der Abg. Auer (Soyd.), Payer (Vollst.), Dr. Krause (fr.) und Dr. Hartmann (konf.) und Genossen.

Abg. Dr. Krause (fr.): Die Regierung wolle den Vertragsbruch der Arbeiter nachdrücklich strafen, weil sie annehme, daß bei denselben eine besondere Neigung dazu vorversetzt und daß dadurch die Industrie geschädigt und das öffentliche Wohl gefährdet werden würde. Der § 125 treffe aber gar nicht die Großindustrie und namentlich aber nicht die Bergwerke, welche Herr v. Berlepsch besonders herangezogen habe, sondern nur die kleinen Betriebe und die Werkstätten mit weniger als 20 Arbeitern. Durch einen Vertragsbruch der Arbeiter in diesen Betrieben aber werde das öffentliche Wohl durchaus nicht gefährdet und deshalb sei es unbedeutend, diese Arbeiter einheitlich für einen Vertragsbruch zu bestrafen, man könne von ihnen vielmehr nur eine Entschädigung verlangen für den ihrem Arbeitgeber durch den Vertragsbruch erwirkten Schaden. Der Nachweis des Schadens sei sehr wohl zu führen, ebenso wie der Gegenbeweis durch den Arbeiter. Dies herbeizuführen, sei der Zweck des von ihm gestellten Antrages, welcher geeignet sei, dem § 125 die arbeiterfeindliche Spitze abzubrechen. Die Gesetze hätten nicht den Zweck, den Leuten das Leben schwer zu machen, sondern die Aufgabe, ein friedliches Leben zwischen Unternehmer und Arbeiter zu ermöglichen. Er steht in diesem Sinne an, zu erklären, daß die gänzliche Beseitigung des § 125, selbst von dem Standpunkte der Regierung aus, ihn unbedeutend erscheine, zumal in dem Kommissionsvorschlag sehr wenig von der ursprünglichen Vorlage enthalten sei.

Abg. Dr. Krause (Soyd.) wendet sich gegen die getriggen Ausführungen des Abg. v. Puttkamer. Die Haltung derselben diesen Bestimmungen gegenüber sei von vorn herein bestimmt gewesen. Er gerade sei es gewesen, welcher dem Sozialistengesetze eine Auslegung gegeben habe, die man bei Beratung dieses Gesetzes kaum für möglich gehalten habe. Daraus erkläre sich auch sein Bedauern über die Aufhebung des Sozialistengesetzes. Die getriggen Ausführungen des Herrn v. Puttkamer hätten auch bewiesen, daß derselbe nichts gelernt, aber alles vergessen habe, er sei ein Freund der Arbeiterbewegung und ein Feind der legalen Arbeiterbewegung zur Aufhebung ihrer Lohnverhältnisse. Es mache sich wunderbar, wenn Herr v. Puttkamer sich hier groß aufspiele und den Arbeitern einen sittlichen Mangel aufbürde, während er die schlimmsten Vertragsbrüche der Unternehmer als ein neues Unrecht bezeichne. Es sei falsch, daß die Arbeiter, wie Herr v. Berlepsch meine, besonders zum Vertragsbruch geneigt seien. Seit dem Vertragsbruchgesetz von 1874, das in Folge der berechtigten Forderungen der Arbeiter, von dem Milliardenvergehen aus etwas zu haben, erlassen sei, bis 1887 hätten die Arbeiter nicht die geringste Gelegenheit gehabt, ihre Lage zu verbessern. Der Vergarbeits-Ausstand brach erst aus, als die Kohlenbarone aus der günstigen Konjunktur ungeheure Vorteile gezogen hatten. Da wollten die Arbeiter mit vollem Recht die günstige Konjunktur benutzen, um die harten Mängel, unter denen sie im letzten Jahrzehnt schwer gekämpft, zu beseitigen. Diese Bewegung sei nicht von den Sozialdemokraten angeleitet, sondern unter dem Druck der Verhältnisse mit Elementargewalt hervorgerufen. Die Arbeiter hätten bei Ausbruch des Ausstandes nicht den leisesten Gedanken gehabt, die Industrie und die Allgemeinheit zu schädigen und es sei auch einfach unklar, daß die Industrie und die Kohlenbarone dadurch geschädigt worden seien. Diese hätten vielmehr aus dem Ausstande der Arbeiter einen ungeheuren Profit herausgeschlagen. Das sei bei allen Arbeiterbewegungen der Fall gewesen. Wie komme Herr von Berlepsch nun dazu, dem gegenüber von einer Schädigung der Industrie durch die Arbeitsverhältnisse zu sprechen? Die Konfessionen seien Feinde jeder Arbeiter-Organisation, sie messen Unternehmen und Arbeiter mit ungleichem Maß und dies habe eben dazu geführt, daß in Deutschland große Streiks ausgebrochen seien. Die Arbeitsverhältnisse der Vergarbeiter seien durch die Unternehmer geradezu provoziert worden. Man sollte doch endlich einmal anfangen, gleiches Recht für Alle gelten zu lassen, hier aber in diesem Paragraphen werde das größte Unrecht geradezu sanktioniert. Eine solche Bestimmung, wie dieser Paragraph sei, könne nur dem Klassencharakter unserer Gesetzgebung entspringen und es unterliege keinem Zweifel, daß hier eine ganz bedeutende Benachteiligung der Arbeiter beschlossen werden soll. Mit der Annahme dieser Bestimmung würde der Sozialdemokrat der größte Dienst geleistet. Am wichtigsten zu verstehen aber sei, daß man das System der Lohnbeschlagnahme auch auf die arme Hausindustrie anzuwenden wolle, während die Vergarbeiter gerade befreit sein sollte, diesem System einen Riegel durch die Gesetzgebung vorzusetzen. Das Schicksal der armen Hausindustrie sei, daß Arbeiter und Richter in einer Person vereint seien. Dr. Gutschke habe in der Kommission nicht, wie er behauptet, für eine Beschränkung der Lohnbeschlagnahme gesorgt, sondern nur dafür, daß das Maß derselben gesetzlich fixiert werde. Der Zustand wird also gegen den bisherigen nicht verbessert, sondern wesentlich verschlechtert, denn die Unternehmer würden jetzt förmlich zu Lohnbeschlagnehmern angereizt werden. Das einzige Mittel, diese Mängel zu beseitigen, wäre gewesen, die Lohnbeschlagnahme zu beseitigen und den § 125 abzulehnen. Der Kompromissantrag der Abg. Dr. Hartmann u. Gen. werde die Sache nur noch schlimmer machen, als sie schon sei. Ohne diesen Zusatz sei der § 125 schon Ausnahmefall genug.

Abg. Dr. Hirsch (fr.): Dr. Gutschke habe in der Kommission im Namen der freisinnigen Partei den Antrag auf Streichung des § 125 gestellt und als dieser Antrag abgelehnt worden, habe er in seinem eigenen Namen den Antrag gestellt, welcher der Fassung des § 125 der

Kommissionsvorschläge entspreche. Er habe dies gethan im Sinne der Gerechtigkeit, die freisinnige Partei könne sich in ihrer großen Mehrheit nicht dazu entschließen, für diesen Paragraphen zu stimmen. Durch die Bestimmungen über den Vertragsbruch würde das Unrecht nicht beseitigt, sondern verschlimmert und trete er in dieser Beziehung im Allgemeinen den Ausführungen des Abg. Bebel bei. Derselbe habe den Standpunkt der Gleichberechtigung der Unternehmer und der Arbeiter einfach verteidigt. Der Handelsminister habe den Vertragsbruch der Unternehmer und der Arbeiter verschieden beurteilt, er habe den Vertragsbruch der Arbeiter als den schädlicheren dargestellt, der Vertragsbruch der Unternehmer sei indessen viel schlimmer, als wenn ein paar Arbeiter plötzlich ohne Kündigung die Arbeit einstellen, und dennoch solle der Unternehmer nur zivilrechtlich verantwortlich gemacht werden, während man den Arbeiter bestrafen wolle. Einer solchen Debatte könne er sich nicht anschließen. Man sollte sich wohl hüten, so schwere und unbegründete Vorwürfe, wie es hier geschehen, gegen einen so großen und ehrenwerten Mann der Arbeiter auszusprechen. Von der Wirklichkeit der in Rede stehenden Bestimmungen werde die Verberührung in den Arbeiterkreisen wesentlich vermehrt werden und die Folgen einer solchen Bestimmung werden bald alle diejenigen bedauern, die wie er den sozialen Frieden wollen. Er bitte sie zu halten an den alten deutschen Traditionen: Gleiches Recht für Alle!

Präsident v. Lepow ruft den Redner, weil er den Abg. Singer der „Falschung“ der Kommissionsverhandlungen beschuldigt, zur Ordnung.

Abg. Hirsch (fr.) giebt zu, daß die Bestimmung des § 125 eine Ausnahmefestsetzung sei, aber nur so weit, als das ganze Arbeitergesetz ein Ausnahmefestsetzung sei. Die Bestimmungen richte sich nicht nur gegen die Arbeiter, sondern auch gegen die Arbeitgeber. Es handle sich auch allerdings um eine Klassenbestimmung, aber zum Schutze der Arbeiterklasse und nicht gegen dieselbe. Das Gesetz bilde einen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand, da gesetzlich festgestellt werde, daß die Kündigungsfrist für beide Teile gleich sein müsse. Es handle sich hier nicht um eine Strafe oder Buße, sondern um eine Entschädigung. Gerade wenn man den Arbeitern wohl wolle, wenn man ihnen das Koalitionsrecht wahren wolle, dann müsse man auf der andern Seite dafür Sorge tragen, daß dieses Recht nicht missbraucht werde.

Abg. Möller (nl.) ist der Ansicht, daß ein gutes Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern sich herausbilden würde, sobald sich die letzteren erst an die Bestimmungen des § 125 gewöhnen würden. (Widerstand bei den Sozialdemokraten.) In verlässlichen Unternehmen freisen habe man nicht gegen die Arbeiterkoalitionen, aber die thörichten Forderungen der Arbeiter müßten den Widerstand der Unternehmer veranlassen. Solche Forderungen schädigten aber auch die gesunde Organisation der Arbeiter. § 125 solle wesentlich dazu dienen, solche thörichten Forderungen nach und nach zu beseitigen. Redner weist die Behauptung Bebel's, daß der Vergarbeitsstreik im Jahre 1889 durch die Arbeitgeber provoziert sei, als ungeheuerlich zurück und behauptet demgegenüber, daß bei diesem Auslande die internationale Vereinigung eine große Rolle gespielt habe, deshalb seien auch alle von Bebel daran geknüpften Folgerungen hinfällig. Der jetzige hohe Preis der Kohlen sei verursacht worden durch die durch den Pariser Kongress hervorgerufene Beschränkung vor einem allgemeinen Streik, was alle Welt veranlaßte, sich einen möglichst großen Vorrath anzufüllen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. Bebel, Singer, Dr. Hirsch, Möller und Frhr. v. Salm. Letzterer erklärt, daß nicht die Arbeitgeber, sondern die sozialdemokratischen Agitatoren am Mark der Arbeiter zehren. Bei der Abstimmung wird zunächst der Antrag des Abg. Dr. Krause (fr.) auf Streichung der Worte „Diese Forderung (Entschädigung) ist an den Nachweis des Schadens nicht gebunden“ abgelehnt.

Alsdann wird auf Antrag der Abg. Dr. Hartmann und Genossen beschlossen, den ersten Absatz des § 125 (Vertragsbruch der Gehilfen und Arbeitgeber) als besonderen § 124b zu bezeichnen.

Bei der namentlichen Abstimmung über diesen § 124b werden nur 194 Stimmen abgegeben, das Haus ist somit nicht beschlußfähig. Für den Paragraphen stimmen 143, dagegen 51 Mitglieder. Dafür stimmen die beiden konservativen Parteien, Zentrum und Nationalliberale und von den Freisinnigen die Abg. Gutschke, Dr. Meyer, Payer, Naethel, Sander, Schütte, Uhlendorff, Dr. Vamberger, Goldschmidt, Dr. Forwitz und Lange (Kriegs.).

Dagegen stimmen Sozialdemokraten, Volkspartei und der übrige Teil der Freisinnigen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonntag, 11. April, um 1 Uhr.

Tagesordnung: Kleinere Vorlagen und Wahlprüfungen.

Schluß 5 1/2 Uhr.

C. H. Berlin, 10. April 1891.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung vom 10. April.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministertische: Herrfurth und Kommissare.

Die Beratung der Landgemeindeordnung wird fortgesetzt und zwar mit dem vom Abg. v. Rauckhaupt (konf.) beantragten neuen § 14a:

„Bis zum Erlaß eines Kommunalsteuergesetzes können die bisher für Verteilung der Gemeindeabgaben statutarisch oder oberverpflichtung bestehenden Maßstäbe mit Genehmigung des Kreisaußschusses durch Beschluß der Gemeinde aufrecht erhalten werden.“

Abg. Börsch (nl.) ist der Ansicht, daß dieser Antrag praktisch keine große Bedeutung habe, er solle nur eine inkompetente Aenderung bestehender Verhältnisse verbleiben. Die Aufgaben der Gemeinden würden sich stetig steigern und in

Anerkennung dieser Thatsache habe die Gesetzgebung mit Recht es für ihre Pflicht gehalten, für die Verteilung der Abgaben bestimmte allgemeine Normen festzustellen. Der Antrag wolle nun die Verpflichtung, diesen Normen gemäß zu handeln, suspendieren und den Kreisaußschuß ermächtigen, bestehende Einrichtungen fortzusetzen zu lassen. Er sei nun der Ansicht, daß es sich nicht empfehle, die bestehende Ungerechtigkeit der Abgabenteilung länger fortsetzen zu lassen, als notwendig sei, und beantrage er daher die Ablehnung des § 14a eventuell aber wenigstens die Einfügung einer Bestimmung, wonach die Anfechtung bestehender Zustände nicht länger als drei Jahre dauern dürfe.

Abg. v. Huene (Zentrum) befragt den Antrag von Rauckhaupt, der lediglich praktische Zwecke verfolge und keine prinzipielle Aenderung ins Auge fasse.

Minister des Innern Herrfurth bittet namens der Staatsregierung um Ablehnung des beantragten § 14a, da derselbe die schwersten Bedenken entgegenstände. Der Antrag sei geeignet, die Wirkung des Gesetzes zu paralysieren. Die Regelung des Gemeindeabgabewesens bis zum Erlaß des Kommunalsteuergesetzes aufzuschieben, sei unzulässig, da die Regelung der Gemeindeabgaben ein integrierender Bestandteil der Lösung der landlichen Gemeindeangelegenheiten sei, die nicht hinausgeschoben werden dürfen. Der Paragraph gefährde daher die Durchführung des Gesetzes in erheblichem Maße. Wenn auch die Regierung bemüht sei, die gesetzliche Regelung der Kommunalbesteuerung zu beschleunigen, so werde doch zwischen der Einbringung und dem Zustandekommen der Vorlage eine weite Spanne liegen, und es sei nicht zu empfehlen, in dieser Zeit die bisherigen Zustände überdauern zu lassen, wo Zustände vorhanden seien.

Abg. v. Tiedemann-Lohmann (fr.) bekämpft den Antrag v. Rauckhaupt ebenfalls. Die Zahl der Gemeinden, auf welche dieser Paragraph Anwendung finden würde, sei eine verhältnismäßig kleine und derselbe berühre Lebensinteressen der Gemeinden, welche als Fragen des öffentlichen Rechts nur im Wege der Gesetzgebung gelöst werden können. Die oberverpflichtungsmäßige Regelung lasse die Befristung aufkommen, daß das Prinzip des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren zur Anwendung gebracht werde.

Abg. v. Heydebrandt und der Lasa (konf.) befragt den Antrag v. Rauckhaupt, der bestimmt sei, unrichtige Deumrühung von den Gemeinden fernzuhalten. Die Erklärung des Ministers über die Einbringung des Kommunalsteuergesetzes stehe im Widerspruch mit den Erklärungen des Finanzministers, der den Erlaß der Grund- und Gebäudesteuer in baldigster Aussicht gestellt habe und daran die Aussicht auf baldige Regelung der Kommunalbesteuerung geknüpft habe. Der vom Abg. Heydebrandt beantragte Zusatz sei deshalb, da die Bestimmung des § 14a nur bis zum Erlaß des Kommunalsteuergesetzes Gültigkeit habe.

Minister des Innern Herrfurth weist den ihm vom Vorredner imputierten Widerspruch mit den Ausführungen des Finanzministers zurück.

Abg. Ricker (fr.): Die Annahme des Antrages Börsch sei das erste große Vordringen in dieser Vorlage, die andern würden nachfolgen. Durch die Annahme des Antrages würden auf einem der wichtigsten Gebiete der Gemeindeangelegenheiten die alten verrotteten Zustände beseitigt. Gerade auf dem Gebiete der Besteuerung müssen allgemeine Normen für den ganzen Staat gelten und den bisherigen unheilbaren Zustand nach auf Jahre hinaus ergötzen zu wollen, sei geradezu korruptend.

Abg. Dr. Krause (nl.) erklärt, daß die Bedenken gegen die Vorlage durch die Ausführungen des Abg. v. Heydebrandt wesentlich verflüchtigt worden seien. Es wäre wunderbar, jetzt schon eine Aenderung der Landgemeindeordnung ins Auge zu fassen, wenn es zu einer solchen kommen, könnten 10 bis 20 Jahre vergehen und so lange würden die Oberverpflichtungen bestehen. Man möge deshalb wenigstens das Fortbestehen derselben an die vom Abg. Börsch beantragte Frist binden.

Abg. Dr. Ritter (fr.): Die Mehrzahl seiner Freunde sei leider gezwungen, gegen den Antrag v. Rauckhaupt zu stimmen, weil derselbe das Stimmrecht beeinflussen würde und somit nicht an dem beschlossenen Kompromiß festhalte.

Abg. Dr. Gerlich (fr.) stimmt für den Antrag v. Rauckhaupt. Wegen die Landgemeindeordnung herrsche im Osten eine allgemeine Zustimmung und man solle den Leuten die Annahme derselben nicht noch schwerer machen, daß man ihnen einen Reparationsmobus aufdränge, der eine schreiende Ungerechtigkeit enthalte. Er empfehle deshalb die Annahme des Antrages.

Minister des Innern Herrfurth erklärt, daß die Vorlage genau bezüglich der Grund- und Gebäudesteuer genügende Vorschriften enthalte, nur die Einhaltung der Oberverpflichtungen völlig unmöglich zu machen.

Abg. v. Zedlig-Kentrich (fr.) bekämpft den Antrag v. Rauckhaupt, der geeignet sei, einen Zustupf in die Gemeinden zu werfen. Für die Zwischenzeit bis zum Erlaß des Kommunalsteuergesetzes genüge die Vorschrift des § 142 der Vorlage.

Abg. v. Rauckhaupt (konf.) kann die gegen seinen Antrag vorgebrachten Bedenken nicht theilen, denn jede Gemeinde werde sich von Anfang an entschließen, ob sie bei der bisherigen Besteuerung bleiben oder zu der neuen übergehen wolle. Eine Verwirrung könne also durchaus nicht entstehen. Er begreife nicht, weshalb man den Gemeinden bis zum Erlaß des Kommunalsteuergesetzes nicht freie Hand lassen wolle. Die Materie müsse unbedingt geregelt werden, bis dahin aber solle man die Grundlage für die Kommunalbesteuerung möglichst breit lassen. Dies bezwecke sein Antrag.

Minister Herrfurth vertahrt sich wiederholt gegen die Behauptung von dem Vorhandensein eines solchen Widerspruches.

Abg. Dr. Enneccerus (nl.) erkläre in dem § 14a nur eine Verzögerung der Wirkungen des Gesetzes, zu der kein Grund vorliege.

Hierauf wird nach dem Antrage der Konfessionen der § 14a angenommen, der national-liberale Antrag (auf längstens 3jährige Gültigkeit) dagegen abgelehnt.

§ 15 behandelt die Fälle, in denen Einkom-

men bis 900 Mark von der Gemeindesteuer be-

freit bleiben können.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (nl.) findet diese Bestimmungen und die damit zusammenhängenden Bestimmungen des § 20 unklar und beantragt, beide Paragraphen an die Kommission zurückzuweisen.

Der § 15 wird nach kurzer Debatte mit einem lediglich präzisierenden Antrage v. Rauckhaupt (konf.) angenommen. — Ein ähnlicher Antrag wird zu dem § 20 angenommen, bei dem von der Verteilung der Grund- und Grundbesitzpächtereinkünfte die Rede ist.

Die §§ 16-19 und 21-27 werden debattelos und unverändert angenommen.

Der Absatz 2 des § 28 bestimmt, daß die Erhebung der Abgaben zu den Gemeindefürsorge vom Grundeis auf die Hälfte der Siener für andere Eigenschaften herabgesetzt werden muß und auf ein Viertel herabgesetzt werden kann.

Die Abg. Börsch (konf.), Meyer-Arnswalde (nl.-konf.), Schütz-Lupitz (freikonsf.), Freyher v. Huene (Ztr.), v. Rauckhaupt (konf.) und Lamprecht (konf.) bitten um Streichung dieses ganzen Absatzes, während Dr. Ritter (freikonsf.) und Schütz-Lupitz (Zentr.) um Aufrechterhaltung bitten, Frhr. v. Erffa (konf.) und Zelle (fr.) aber dem Absatz eine ganz fakultative Fassung geben wollen.

Das Haus beschließt Streichung des Absatzes 2.

§ 28 bis 35 werden angenommen.

§ 36 bestimmt, daß die Steuern in den ersten 8 Tagen des Monats erhoben werden sollen.

Abg. Strug (freikonsf.) beantragt, den Steuererhebungstag durch Gemeindefestsetzung festzusetzen.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Aenderung § 36.

Die §§ 37 bis 39 werden debattelos genehmigt.

§ 40 bestimmt, daß die Liste der stimmungsberechtigten Gemeindeglieder alljährlich im Juli herichtlich werden soll.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (konf.) beantragt, statt Juli zu setzen Januar, da im Juli die Regenerungen beginne und in den landlichen Gemeinden wenig Zeit für solche Sachen sei.

Das Haus nimmt den § 40 nach dem Antrage v. Meyer an.

§ 42 behandelt das Gemeindefürsorge.

Abg. Freyher v. Zedlig (freikonsf.) hält die Bestimmungen dieses Paragraphen für nicht klar genug und behält sich vor, eine provisorische Fassung bei der dritten Lesung zu beantragen.

Abg. Ricker (fr.) wünscht eine weitere Ausdehnung des Gemeindefürsorge, möglichst auf jeden, der einen eigenen Hausstand besitzt.

Abg. Freyher v. Huene (Zentr.) bittet, zur Klarstellung der angeregten Bedenken gegen § 42 die weitere Beratung zu vertagen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonntag 11. April.

Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung der Landgemeinde-Ordnung.

Schluß 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 10. April. Das Einkommensteuergesetz wurde heute von der mit der Vorberatung beauftragten Kommission des Herrenhauses nach den Beschlüssen erster Lesung unverändert in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Bei der Abstimmung fehlten nur die Herren Freyher von Landsberg, Freyher von Solmayer und Dr. von Meißner.

— Wie das „B. T.“ aus sicherer Quelle erfährt, werden der Kaiser und die Kaiserin am 4. Juli d. J. nach England abreisen, um der am 6. Juli in der St. Georgskirche von Windsor Castle stattfindenden Trauung des Prinzen Albert von Anhalt mit der Prinzessin Luise Augusta von Schleswig-Holstein-Augustenburg beizuwohnen.

— Wie die „Hamburger Nachrichten“ mitteilen, sind in Friedrichshagen zum 1. April 2200 Telegramme, über 3000 briefliche Sendungen und mehrere hundert Postpakete eingegangen.

— Dem Vortage wird in der nächsten Zeit der Bericht mit Bremen und Oldenburg wegen der Verberührung der Frage in der Augen-Weise zugehen. Es handelt sich dabei um die Befreiung einer für die Schiffahrt überaus beschwerlichen Barre durch künstliche Anlagen. Bremen übernimmt die Ausführung und schließt die Barren von der letzteren werden noch und nach aus den überschüssigen der Rendite- und Vorgebühren über die Kosten der Unterhaltung der betreffenden Schiffahrtsanlage gedeckt. Satisfaktion hatten Bremen und Oldenburg pro rata für den etwa nicht gedeckten Teil der Barrenkosten. Aus dem letztgedachten Grunde ist die Zustimmung des Landtages verfassungsmäßig einzuholen.

Minister i. W., 10. April. Dem General v. Albedyll gratulierten heute außer den gestern im Programm bezeichneten die Spitzen der Zivilbehörden und der Bischof von Münster nebst dem Domkapitel. Das 7. Armee-Korps schenkte ihm einen prächtigen Tafelaussatz, die Stadt Münster widmete ihm eine reich ausgestattete Adresse, die Bürgerchaft betheiligte sich lebhaft an der Feier. S. Majestät der Kaiser verleihe dem General v. Albedyll den Schwarzen Adler-Orden.

München, 10. April. (B. T. B.) Der Prinz-Regent empfing heute den neu ernannten preussischen Gesandten Grafen Eulenburg in Audienz. Der Minister des Auswärtigen Freyher v. Crailsheim und die obersten Hofchargen wohnten derselben bei.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. April. (B. T. B.) Der österreichisch-ungarische Konsul in Breslau, v. Gsch, ist nach Rufscht verlegt worden. Der Generalkonsul in Amsterdam, v. Kwiatkowski, ist zur Leitung des Konsulates in Jerusalem und der Konsul in Jerusalem, v. Straus, unter Verleihung des Titels und Charakters eines Generalkonsuls zur Leitung des Konsulates in Breslau berufen worden.

Wien, 10. April. (B. T. B.) Das „Freundenblatt“ bezeichnet die Mitteilung über angebliche Unterhandlungen mit dem Grafen Bobolich wegen Übernahme des Postbefehlusses als Minister für Ackerbau als völlig grundlos.

Der „Neuen freien Presse“ wird aus Rom gemeldet, in borgen dem auswärtigen Amte nachstehenden Preisen gelte für wahrscheinlich, daß der hiesige italienische Gesandte in Kapa

in Washington Amerika gar nicht verläßt

werde. Am Montag werde eine vom Vatikan inspirierte Broschüre erscheinen, in welcher den französischen Katholiken aus Ders gelegt werde, sich mit der Republik zu befreundeten.

Wien, 10. April. (B. T. B.) Das

„Wiener Tagblatt“ meldet:

Heute Mittag trafen bei dem Minister-Präsidenten Grafen Taaffe die Präsidenten der Raths der vereinigten Linken, des Hohenwart-Klubs und des Polen-Klubs zu einer Konferenz zusammen, um beiseits der Anstaltsverwaltung schlichtung zu werden.

Wien, 10. April. (B. T. B.) Die Ausstandsbeziehung der Bäckergesellen dauert noch fort, etwa 1300 Gehilfen streiken, während etwa 1000 die Arbeit fortsetzen. Die zur Beilegung des Ausstandes eingeleiteten Verhandlungen blieben bisher ohne Erfolg.

Schweiz.

Bern, 10. April. (B. T. B.) Die Bundesversammlung hat den Fall, welcher die künftigen Handelsverträge-Unterhandlungen zur Grundlage dienen soll, durchberathen und angenommen.

Belgien.

Brüssel, 10. April. (B. T. B.) In Antwerpen hat sich ein Arbeiterinnen-Verband, der erste dieser Art in Belgien, gegründet. Von den Tabaks-Arbeiterinnen ließen sich 90 als Mitglieder einschreiben. Der neue Verband beschloß seine Zugehörigkeit zur Arbeiterpartei.

Frankreich.

Die französischen Thronpräsidenten machen in diesen Tagen wieder viel von sich reden. Der Tod des Prinzen Jerome Napoleon hat die Aufmerksamkeit auf die Prinzen Viktor und Louis hingelenkt, von denen der letztere, nachdem er in tiefsten Unfrieden mit seinem nummehr verstorbenen Vater gelebt hat, auch mit seiner Mutter Marie in ernsthaften Konflikt geraten zu sein scheint. Wird doch aus Genf telegraphisch berichtet, daß die Prinzessin einen Rechtsbeistand zur Wahrung ihrer Interessen genommen hat, so daß angenommen werden darf, daß die Vollstreckung des Testaments des Prinzen Jerome nicht ohne Schwierigkeiten von Statten gehen wird. Der orleanistische Thronpräsident, Graf von Paris, wird in diesen Tagen ebenfalls mehrfach genannt, nachdem er eine Zeit lang durch seinen Sohn, den Herzog von Orleans, in den Hintergrund gedrängt zu sein schien. Die Haft, welche der Prinz ausstehen mußte, weil er sich trotz dem gegen ihn erlassenen Ausweisungsbefehl zur Konstitution in Frankreich gestellt hatte, konnte allerdings das Prestige der Familie Orleans wohl erhöhen, so daß jüngst noch die abenteuerlichsten Gerüchte über eine neue Geliebte des jungen Prinzen im Gefolge einer Künstlerin verbreitet waren. Ebenfalls verführte aber auch der Graf von Paris neuerdings das Verlangen, sich nicht ganz verzeihen zu lassen. Als sein Vertreter wählte er seine bisherigen Funktionen niederlegte, betratte er den Grafen d'Audouville mit seiner General-Vertretung, ein Vorgang, der in der orleanistischen Presse ziemlich turbulent behandelt und zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauscht wurde. Weiter wurde dann von den Blättern die Ernennung des Herzogs d'Audouville-Pasquier zum Präsidenten des „politischen Raths“ angekündigt. Diesen Blättern wird nummehr in einer offiziellen Note mitgeteilt, die Ernennung sei noch nicht erfolgt, der Graf von Paris behalte sich vor, den „Rath“ nächstens nach England zu berufen und dann einen Beschluß zu fassen. Der „Soleil“, welcher die Angelegenheit ebenfalls kritisch, deutet an, der Vorsitz des politischen Raths dürfte dem Herzog von Audouville-Pasquier wirklich schon angeboten, von ihm aber „aus rein persönlichen Gründen“ abgelehnt worden sein, was den Grafen von Paris bezogen hätte, jede weitere Entscheidung bis nach seiner Rückkehr aus Spanien zu vertagen.

„Da doch eine Gelegenheit sich darbietet“, schließt der „Soleil“, „so ist es vielleicht nicht überflüssig, die Berichte, welche seit einiger Zeit in der Presse und anderswo über diesen Rath herumgeboten werden, auf ihr wahres Maß zurückzuführen. Der „politische Rath“ vor nicht entfernt, wie man zu glauben thut, einem Ministerrat ähnlich. Er versammelt sich nur noch langen Pausen und auf besondere Einberufung. Niemals hatte er einen Antheil an der Aktion und an der Leitung. Wir sind gewohnt, diese Erklärung abzugeben, weil gewisse Blätter dem Rathe eine Rolle zuschrieben, die er niemals gespielt hat.“

Was der „politische Rath“ des Grafen von Paris nicht war und nicht ist, weiß man jetzt; aber es wäre interessanter gewesen, zu erfahren, welches seine Thätigkeit bisher war und ist und einem neuen Führer sein soll. Man ihm nicht eine große Wichtigkeit beigemessen würde, so hätte der Graf von Paris wahrscheinlich seine Stellung ebenfalls dem Grafen d'Audouville zugeteilt.

Paris, 10. April. Die alle fünf Jahre stattfindende Volkszählung hat gestern hier begonnen. Die Verwaltung hat die Frage nach der Konfession diesmal unterlassen, da die Frage in der letzten Volkszählung Schwierigkeiten machte.

Großbritannien und Irland.

London, 10. April. (B. T. B.) Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Kalkutta von heute: Nach einer Depesche aus Sihar (Südwestlich Manipur) ist ein Bote mit einem Schreiben des Rajah an den Vizekönig dafelbst eingetroffen, in welchem mitgeteilt wird, daß der Thronfolger des Rajah, welcher die Nether-melung der gefangenen Engländer veranlaßt hatte, hingerichtet worden sei und in welchem der Rajah seinem Friedenswunsche Ausdruck giebt.

London, 10. März. (B. T. B.) Wie das „Neuerliche Bureau“ erfährt, werde der Entwurf eines neuen Uebereinkommens mit Portugal demnächst nach Lissabon abgehen. Der Entwurf sei in Bezug auf die Grenzen von Manica den britischen Interessen günstiger als das Uebereinkommen vom August vorigen Jahres.

Amerika.

Pittsburg, 10. April. (B. T. B.) Die Bemühungen der Konvention sämmtlicher Bergarbeiter der Vereinigten Staaten, ein Kompro-

unter Garantie abzugeben. Näheres unter A. H. 23
in der Expedition, Kirchplatz 3

